Haushaltsrede

zum Haushalt
der Stadt Korschenbroich 2027

Sitzung des Rates
der Stadt Korschenbroich am 26. November 2026

Thomas Siegers
(Vorsitzender der CDU-Fraktion)

Sperrfrist: Donnerstag, 26. November 2026, Ende der Rede im Rat der Stadt Korschenbroich
Änderungen vorbehalten. Es gilt das gesprochene Wort.

CDU Fraktion Korschenbroich
Vorsitzender Thomas Siegers
Steinstr. 2
41352 Korschenbroich

Tel.: 02161 - 8391330
thomassiegers@web.de
www.cdu-korschenbroich.de

Konto
Stadtsparkasse Neuss
IBAN: DE74 3055 0000 0000 1437 27

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich mich auf eine Haushaltsrede vorbereite, dann beginne ich üblicherweise erst einmal damit, nachzulesen, was ich eigentlich beim letzten Mal gesagt habe. So habe ich auch diesmal angefangen und anschließend gedacht: Eigentlich bist du jetzt schon fertig. Tausche einfach „Haushalt 2026“ gegen „Haushalt 2027“ und dann passt das im Prinzip, denn die Rahmenbedingungen haben sich kaum verändert, seit wir im Februar dieses Jahres den laufenden Haushalt verabschiedet haben.

Was mir die Vorbereitung einer Haushaltsrede erleichtert, ist allerdings für die finanzielle Situation unserer Stadt alles andere als erfreulich. Die Zahlen zeigen erneut, wie dramatisch die Lage ist.

Wir sprechen wieder über ein erhebliches Haushaltsdefizit und müssen weiterhin ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen.
Das ist keine gute Nachricht. Und es ist keine Situation, die wir einfach als neue Normalität hinnehmen dürfen.
Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Und uns fragen: Was folgt daraus für unsere politische Arbeit?

Zunächst einmal ist festzustellen: Wir als Kommunalpolitik und kommunale Verwaltung, tragen nicht die Hauptverantwortung für diese Misere.

Die Ursachen liegen zu einem erheblichen Teil außerhalb unseres unmittelbaren Einflussbereichs: Wachsende Sozialausgaben, steigende Anforderungen an das Personal und vor allem die immer weiter steigenden Umlagen, allen voran die Kreisumlage, sind die Kostentreiber.

Kommunen, insbesondere in NRW, sind weiterhin massiv strukturell unterfinanziert. Das Konnexitätsprinzip wird nach wie vor nicht konsequent umgesetzt.

Das erklärt die Haushaltssituation. Es entbindet uns aber nicht von der Verantwortung, die wir für den städtischen Haushalt übernehmen müssen. Wir können nicht darauf warten, bis sich die Rahmenbedingungen vielleicht irgendwann wieder verbessern. Wir müssen unter den gegebenen Umständen Entscheidungen treffen.

Was bedeutet das konkret?

Zunächst einmal: Die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes mitzutragen, ist keine einfache Entscheidung. Wir wissen, dass damit Belastungen und Einschnitte verbunden sind. Diese sind jedoch so ausgelegt, dass sie sich noch in einem maßvollen Rahmen bewegen.

Insbesondere wenn wir auf die Steuer schauen, die den größten Effekt für den Haushalt darstellt: Der Hebesatz der Gewerbesteuer steigt von 450 auf 470 Punkte.

Ja, das ist eine zusätzliche Belastung für unsere Unternehmen. Aber was bedeutet das konkret? Bei einem Gewerbeertrag von 1.000 Euro steigt die Gewerbesteuer um 7 Euro. Wir sollten die Auswirkungen deshalb auch richtig einordnen: Eine Erhöhung dieser Größenordnung stellt für ein ansässiges Unternehmen keine wirtschaftliche Bedrohung dar. Und bei der Neuansiedlung von Unternehmen dürfte sie als Standortfaktor allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Ausschlaggebender sind hier Faktoren wie die Lage, die Verkehrsanbindung sowie die Verfügbarkeit von Flächen und Arbeitskräften. Ich will die Erhöhung der Gewerbesteuer trotzdem nicht bagatellisieren, aber relativieren.

Auch bei anderen Maßnahmen haben wir genau hingeschaut. So haben wir bei der Anpassung des Öffentlichkeitsanteils der Friedhöfe die ursprünglich vorgesehene Absenkung von 25 auf 15 Prozent auf 20 Prozent abgemildert, denn wir müssen auch die Auswirkungen auf die Bestattungsgebühren im Blick behalten. Die dadurch entstehende Mindereinnahme soll durch eine höhere zusätzliche Gewinnausschüttung des städtischen Entsorgungsbetriebs ausgeglichen werden. Dabei ist uns bewusst, dass wir uns damit weiterhin aus den Gewinnen des SEK bedienen. Das kann und soll keine Dauerlösung sein.

Bei allen notwendigen Abwägungen muss aber klar sein: Verantwortungsvolle Politik muss dort ansetzen, wo der Handlungsbedarf am größten ist. Und das ist zurzeit nun einmal der städtische Haushalt.

Wir wissen auch: Ein Haushaltssicherungskonzept ist kein Selbstzweck. Es soll einen Weg aufzeigen, wie wir die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt erhalten und einen Nothaushalt vermeiden können. Diesen Weg gehen wir mit.

Das bedeutet allerdings nicht, dass wir uns politisch auf eine reine Sparpolitik beschränken. Wir müssen weiterhin entscheiden, welche Investitionen für die Zukunft unserer Stadt notwendig sind und wo wir Prioritäten setzen. Das haben wir in den letzten Jahren mit wegweisenden Entscheidungen in Sachen Schulen und Ganztagesbetreuung getan. Mit dem Neubau des Gymnasiums bekommen wir eine Musterschule mit optimalen Bildungsvoraussetzungen. Jedes Kind bekommt einen Platz in der OGTS. Auch die Halbtagsbetreuung, die viele Kommunen gar nicht mehr anbieten, halten wir aufrecht.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Verkehrsinfrastruktur und hier insbesondere der Zustand unserer Straßen. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Die Erneuerung der Straßendecke auf einem Teil der Zollhausstraße hat gezeigt, dass mit überschaubarem Aufwand und relativ kurzer Bauzeit eine deutliche Verbesserung erreicht werden kann. Deshalb wollen wir für weitere Maßnahmen dieser Art investive Mittel veranschlagen, um zusätzliche Spielräume für die Straßensanierung zu schaffen.

Darüber hinaus wollen wir vorhandene Möglichkeiten nutzen, bevor wir über neue und teure Investitionen entscheiden. Die Prüfung, ob der Sandbauernhof künftig auch für die Mensa der offenen Ganztagsbetreuung genutzt werden kann, ist dafür ein Beispiel. Das fällt uns nicht leicht. Und natürlich muss dabei die Nutzung als kulturelle Begegnungsstätte erhalten bleiben. Aber es ist richtig, vorhandene Gebäude und Ressourcen in den Blick zu nehmen, bevor wir einen Neubau planen.

Ein weiteres Beispiel ist unser Antrag zum Bürokratieabbau. Das geplante Kommunale Regelbefreiungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen eröffnet den Kommunen die Möglichkeit, von bestimmten Vorgaben abzuweichen und praktikablere Lösungen zu erproben. Wir wollen, dass die Verwaltung frühzeitig prüft, wo solche Möglichkeiten in Korschenbroich sinnvoll genutzt werden können. Denn weniger Bürokratie kann nicht nur Verfahren beschleunigen, sondern auch Personalressourcen schonen.

Das sind einige Beispiele für konkrete Ansätze, mit denen wir trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen handlungsfähig bleiben und unsere Stadt gestalten wollen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für uns die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung.
Wir verlangen der Verwaltung bereits jetzt viel ab. Und das wird auch in Zukunft so bleiben. Zahlreiche beschlossene Maßnahmen und Projekte müssen umgesetzt werden. Deshalb müssen wir die Kapazitäten der Verwaltung mit Bedacht einsetzen und uns darauf konzentrieren, dass die bereits beschlossenen Aufgaben auch tatsächlich abgearbeitet werden können.

Es kann nicht darum gehen, ständig neue Aufgaben und Prüfaufträge zu vergeben, ohne Klarheit darüber zu haben, was das konkrete Ziel ist und wie es umgesetzt werden soll.

Deshalb haben wir auch den einen oder anderen Haushaltsantrag abgelehnt, ohne zunächst weitere Prüfungen zu beauftragen.

Das Setzen von Prioritäten gilt nicht nur für die Arbeit der Verwaltung, sondern für unsere gesamte Haushaltspolitik.

Meine Damen und Herren,

im Februar haben wir gesagt, dass wir lernen müssen, mit einer außergewöhnlichen Situation umzugehen, ohne sie einfach zu akzeptieren. Daran hat sich nichts geändert. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass kommunale Haushalte dauerhaft in einer solchen Schieflage sind. Wir müssen weiterhin gegenüber Bund und Land deutlich machen, dass die Kommunen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung ihrer Aufgaben brauchen.

Gleichzeitig können und dürfen wir unsere Verantwortung vor Ort nicht an andere delegieren. Wir müssen mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, sorgfältig umgehen, Prioritäten setzen und Mehrbelastungen mit Augenmaß beschließen.

Daneben gibt es eine klare rote Linie: Ein Nothaushalt muss unbedingt vermieden werden. Genau darauf richten wir unsere Entscheidungen mit diesem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept aus.

Gerade weil damit auch unbequeme Entscheidungen verbunden sind, müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern die Haushaltsentscheidungen nachvollziehbar erklären.

Wir wissen, dass nicht jede Maßnahme auf Zustimmung stoßen wird. Aber wir können begründen, warum wir sie für notwendig halten. Und wir können belegen, dass wir nicht nur sparen und Belastungen verteilen, sondern weiterhin gestalten und in die Zukunft unserer Stadt investieren.

Wir sollten uns deshalb nicht von den schwierigen Zahlen lähmen lassen. Korschenbroich hat viele Stärken, engagierte Menschen und eine gute Perspektive. Es liegt an uns, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Deshalb werden wir dem Haushalt 2027 und dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen.

Zum Schluss möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die den Haushalt aufgestellt haben und die die Maßnahmen aus dem Haushalt letztlich umsetzen.

Mein Dank gilt ebenso dem Bürgermeister und den Beigeordneten sowie den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass wir bei allen unterschiedlichen Auffassungen gemeinsam Verantwortung für Korschenbroich übernehmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

CDU Fraktion Korschenbroich
Steinstr. 2 41352 Korschenbroich |Tel. 02161 – 8391330 |kontakt@cdu-korschenbroich.de